

26. II. 1917

152

Oesterreich-Ungarns Handelspolitik.

Eine Programmrede?

In der ungarischen Volksvertretung hat dieser Tage der Abgeordnete Dr. Gustav Graf eine beachtenswerte Rede über die künftige Handelspolitik Oesterreich-Ungarns gehalten. Doppelt beachtenswert, weil Herr Dr. Graf, wie berichtet wird, künftig im gemeinsamen Ministerium des Neufers mit dem Range eines Sektionschefs die handelspolitischen Interessen der Doppelmonarchie vertreten soll. Wenn dies zutrifft, darf man in seinen Ausführungen wohl eine Skizzierung der Richtlinien suchen, welche den gegenwärtigen Leitern der österreichisch-ungarischen Politik für die Zukunft maßgebend erscheinen. Es ist, wie ein Budapestener Blatt bemerkt, nicht anzunehmen, daß ein in die Regierung berufener Abgeordneter in seiner letzten Parlamentsrede programmatische Gedanken entwickelt, deren Uebereinstimmung mit den Gedanken und Absichten seines künftigen Chefs ihm irgendwie zweifelhaft sein kann. Man wird deshalb kaum zu weit gehen, wenn man sich die handelspolitische Richtung des Grafen Czernin ähnlich denkt wie die, welche sein künftiger Mitarbeiter jetzt im ungarischen Reichstag vertreten hat.

Die Rede des Herrn Dr. Graf ging von der Tatsache aus, daß zur wirtschaftlichen Erholung der Doppelmonarchie von den schweren Folgen des gegenwärtigen Krieges eine Steigerung der Ausfuhr dringend erforderlich sei. Als Ziel dieser Ausfuhr komme in erster Linie der Balkan in Frage. Vor dem Kriege habe sich der österreichisch-ungarische Ausfuhrhandel nach den Balkanstaaten zwar gesund entwickelt, aber viel zu langsam und dies aus zwei Gründen. Einmal sei man in der Donaumonarchie nicht kapitalträchtig genug gewesen, um dem Kreditbedürfnis der Käufer in Südosteuropa genügend entgegenzukommen. Der zweite Grund jedoch liege in der Absperrungspolitik, welche man gegenüber den Balkanvölkern getrieben habe. „Unsere wichtigsten Interessen gebieten uns, diese Politik von Grund auf zu ändern.“ Den Vermittler zwischen Osten und Westen zu spielen, sei der historische und geographische Beruf der Monarchie.

Wenn wir die Rohprodukte des Orients nicht aussperrten, sondern sie einlassen, wenn auch nur um sie nach dem Westen weiterzugeben, verhelfen wir nicht nur den Balkanstaaten zu neuen Entwicklungsmöglichkeiten, welche in letzter Linie auch uns zum Vorteile gereichen werden, sondern wir können auch darauf rechnen, daß in demselben Maße, in welchem wir ihre Interessen befriedigen, auch sie unsere Interessen berücksichtigen und die Einfuhr unserer Waren erleichtern werden. Der Vermittlungsprozeß ist für uns am vorteilhaftesten, wenn er sich im Wege einer Veredlung abspielt und wenn wir die vom Balkan bezogenen Rohprodukte hier aufarbeiten und als fertiges Produkt nach dem Westen weitergeben. Die Möglichkeiten, die sich nach dieser Hinsicht darbieten und die sich keineswegs nur auf die Brotfrüchte beschränken, müssen auf das ernsteste daraufhin studiert werden, wie sie mit möglichst geringem Nachteil für die heimische Produktion verwirklicht werden könnten. Eine weitere Möglichkeit für die Vermittlung bietet sich bar, indem wir die Produkte des Orients einfach übernehmen und an das Ausland weitergeben, wobei auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden kann, daß wir eigene Produkte nach dem Westen ausführen und statt dessen entsprechende Mengen derselben Produkte unserer südlichen Nachbarn bei uns einlassen.

Man habe die Absperrung der Donaumonarchie gegenüber dem Balkan darauf zurückgeführt, daß an der anderen Seite die deutschen Grenzen verschlossen waren und Oesterreich-Ungarn den Stoß, den es von Westen empfing, nach Osten weitergeben zu müssen glaubte. Eine Schlußfolgerung, die der Redner verständlich, aber „nicht unbedingt richtig“ fand. Jedenfalls müsse man in Zukunft die umgekehrte Folge von Ursache und Wirkung herbeizuführen suchen. Wenn Deutschland der verbündeten Monarchie die Möglichkeit gebe, an der Deckung seines großen Nahrungsmittelbedarfs stärker als bisher teilzunehmen, dann könnten auch die Tore der Monarchie den Rohprodukten der Balkanstaaten weiter aufgetan werden. Dem naheliegenden Einwand, daß die landwirtschaftliche Erzeugung Oesterreich-Ungarns vorerst gar nicht die großen Ueberschüsse hervorbringt, die zur Durchführung solcher Wirtschaftspolitik gehören würden, begegnet Dr. Graf, indem er als Folge des intimeren Verhältnisses zu Deutschland einen erheblichen Aufschwung insbesondere der ungarischen Landwirtschaft und ihrer Bodenerträge als wahrscheinlich nachzuweisen sucht. — Vor den handelspolitischen Beziehungen zum Balkan müßten also die zu Deutschland geregelt werden, beiden jedoch habe der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn voranzugehen. Der endgültige Ausgleich, kein Provisorium. Denn Deutschland habe im Friedensschluß auf wirtschaftlichem Gebiet Lebensinteressen zu verteidigen, und „es ist unser eigenes brennendes Interesse, daß Deutschland, wenn es an die Regelung dieser Fragen herantritt, die Abmachungen, zu welchen es mit der Monarchie gelangt, bereits berücksichtigen könne“.

Im letzten Teil seiner Rede richtet Herr Dr. Graf eingehende und sehr beherzigenswerte Mahnungen an die Produzenten seines Landes, landwirtschaftliche und industrielle Produzenten, das Heil nicht vom Zollschutz allein zu erwarten. Gerade Ungarn habe die Erfahrung gemacht, daß einseitiges Vertrauen auf staatlichen Grenzschutz den wirtschaftlichen Fortschritt hemmen und schädigen könne, sobald die individuelle Energie und das Bedürfnis, Methoden zu verbessern, zu verbilligen, sich lähmen ließen. — Für uns in Deutschland sind die Ausführungen des ungarischen Parlamentariers, die hier nur kurz umrissen werden konnten, von ernsthaftem Interesse, wenn wir darin die Gedankengänge und Grundzüge der Staatsmänner vermuten dürfen, die gegenwärtig die auswärtige Politik, also auch die Handelspolitik, der habsburgischen Monarchie zu leiten haben. Beachtenswert ist wohl schon die Ankündigung, daß Graf Czernin, den früher die Ungarn mit einem gewissen Mißtrauen angesehen haben, gerade seinen handelspolitischen Mitarbeiter aus der östlichen Reichshälfte holen wird. Man darf wahrscheinlich aus dieser und mancher anderen Tatsache den Schluß ziehen, daß auf die künftige Handelspolitik der Doppelmonarchie die Interessen und Ansprüche Ungarns von recht erheblichem Einfluß sein werden. Das mag bei der Neuregelung des Verhältnisses zu Deutschland unseren eigenen Unterhändlern nicht immer ganz bequem sein. Aber es braucht der schließlichen Einigung keineswegs hinderlich zu werden, wenn nur alle Teile sich bewußt bleiben, daß die gemeinsamen Interessen der beiden verbündeten Reiche doch immer, schon aus politischen Gründen, die stärksten und die entscheidenden sein werden.